

Herrn Abteilungsleiter Dr. Martin Kruse
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
des Landes Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

FREIE BAUERN Deutschland
Lennewitzer Dorfstraße 20
19336 Legde/Quitzebel OT Lennewitz
Telefon: 038791-80200
Telefax: 038791-80201
kontakt@freiebauern.de
www.freiebauern.de

12. Juli 2023

**Bauernbund Brandenburg e. V. (Landesgruppe der FREIEN BAUERN):
Stellungnahme zum Konzept für eine Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie**

Sehr geehrter Herr Dr. Kruse,

das Konzept leitet sich ab aus dem in der Europäischen Farm-to-Fork-Strategie verankerten Ziel, den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren. Die Richtung begrüßen wir, doch das Problem besteht darin, dass es zu dieser pauschalen Vorgabe keine (zumindest keine veröffentlichte) Folgenabschätzung gibt und kein Korrektiv etwa in dem Sinne, dass in dem Moment gegengesteuert werden muss, wenn aufgrund der Regulierung der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln signifikant sinkt und damit andere negative ökonomische oder ökologische Effekte ausgelöst werden. Aus Sicht des Berufsstandes abzulehnen sind insbesondere die Verbote in so genannten sensiblen Gebieten. In den vergangenen Jahrzehnten wurde unser Land überzogen mit immer mehr und immer größeren Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten, Vogelschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Wasserschutzgebieten, Biosphärenreservaten und Nationalparks. Das alles in der Regel ohne unmittelbare Folgen für die darin wirtschaftenden Betriebe. Dass nun plötzlich Auflagen und Verbote nachgeschoben werden, die eine Bewirtschaftung praktisch unmöglich machen, kommt einer Enteignung gleich, ohne dass sich die Betroffenen dagegen wehren könnten. Es ist auch nicht logisch nachvollziehbar, dass die Landwirtschaft in Gebieten eingeschränkt werden soll, deren besonderer Wert (mit dem wiederum ein Schutzanspruch begründet wird) ja bisher aus der Bewirtschaftung resultiert bzw. zumindest durch die Bewirtschaftung nicht geschmälert wurde.

Insofern begrüßen wir ausdrücklich, dass gleich zu Beginn des Konzeptes klargestellt wird, dass die angestrebte Halbierung „nach Möglichkeit“ erreicht werden soll. Weiterhin wirtschaftlich zu produzieren, dabei die biologische Vielfalt zu sichern und Risiken für die Umwelt zu verringern und zu diesem Zweck

mögliche Potenziale zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln voll auszuschöpfen – mit diesen Zielen können sich die bäuerlichen Familienbetriebe in Brandenburg identifizieren. Die Strategie ist im besten Sinne unkonkret, zeigt sie doch, dass sich selbst die Agrarverwaltung der eingeschränkten Möglichkeiten zur Umsetzung pauschaler Reduktionsziele von EU, Bund und Koalitionsvertrag unter Sicherung einer ökonomisch tragfähigen Produktion im Land bewusst zu sein scheint. Genau hierin liegt aber auch eine Chance, nämlich auf kooperativem Weg realistische Ziele tatsächlich zu erreichen. Die dargestellten Handlungsfelder, bestehend zum großen Teil aus Prüfaufträgen, Fortführung und Ausbau von Beratung und Versuchswesen in Zuständigkeit von Ministerium und Landesamt, halten wir durchweg für sinnvoll. Zeigen sie doch: Wer eine Veränderung anstrebt, muss auch den Weg dahin aufzeigen können.

Für nicht zielführend halten wir allerdings das besondere Augenmerk auf Flächen mit Bedeutung für den Naturschutz. Hier befürchten wir, dass das Land damit nur Zuarbeiten für die von der EU geplante kalte Enteignung durch Komplettverbote leistet. Die Strategie selbst zeigt, dass bereits heute auf etwa 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche kaum bis kein Einsatz von chemischem Pflanzenschutz erfolgt (ca. 200.000 ha konventionelles Grünland + 175.000 ha Ökolandbau inkl. ökologisches Grünland + ca. 150.000 ha AUKM Biologische Vielfalt = 525.000 ha / 1.300.000 ha LF = 40 %). Über die Fläche lassen sich keine praktischen Potenziale identifizieren, sondern nur praxisferne Auflagen vorbereiten.

Den in der Strategie ansonsten beschriebenen Pfad zur Identifizierung von Reduktionspotentialen für chemischen Pflanzenschutz wollen wir gern unterstützen. Seine Praxistauglichkeit muss sich natürlich an den daraus abgeleiteten Maßnahmen messen lassen. Für eine kritische Begleitung des Prozesses stehen wir als fachkundige Berufsvertretung zur Verfügung. Die Strategie zeigt allerdings auch das Dilemma des Ministeriums als Scharnier zwischen Politik und Praxis. Wichtige Reduktionspotenziale müssen unberücksichtigt bleiben, weil sie nicht in der Verantwortung des Landes liegen. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass das Verbot neonikotinoider Beizen bei Raps und Zuckerrüben dazu geführt hat, dass deutlich mehr Insektizide ausgebracht werden müssen. Und seit Jahren begründen wir unsere Forderung nach einem Importstopp für Soja aus Übersee auch damit, dass über den erst dann rentablen Anbau heimischer Eiweißfutterpflanzen die Fruchtfolgen aufgelockert und so erhebliche Mengen an Herbiziden und Fungiziden eingespart werden könnten. Leider werden wir nicht gehört – auf der Agenda der Regierenden in Berlin und Brüssel stehen vielmehr weitere willkürliche Auflagen gegen die heimische Landwirtschaft sowie eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen mit Südamerika, wo hierzulande längst nicht mehr zugelassene Pflanzenschutzmittel mit dem Flugzeug (!) ausgebracht werden. Wir möchten daher anregen, dass die Agrarverwaltung, ergänzend zum vorliegenden Papier, Initiativen der Landesebene Richtung Bund und EU vorschlägt, um die politischen Rahmenbedingungen für eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Kiesel
Vorstand Bauernbund Brandenburg
(Landesgruppe der FREIEN BAUERN)